Deutscher Bundestag **Drucksache 14/6839**

14. Wahlperiode 29. 08. 2001

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung
– Drucksachen 14/6830, 14/6835 –

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem NATO-geführten Einsatz auf mazedonischem Territorium zum Einsammeln und Zerstören der Waffen, die durch die ethnisch albanischen bewaffneten Gruppen freiwillig abgegeben werden

Der Bundestag wolle beschließen:

Erstmals kam bei dem auf gemeinsame Vermittlung der Vereinten Nationen, OSZE, EU, NATO und der USA herbeigeführten Rahmenabkommen von Ohrid vom 13. August dieses Jahres der EU durch ihre gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eine Schlüsselrolle beim aktiven Krisenmanagement in Südosteuropa zu. Die Umsetzung des Abkommens von Ohrid ist die Voraussetzung dafür, eine Eskalation des Bürgerkrieges zu verhindern. Für die längerfristige Friedenssicherung, Demokratisierung und politische sowie wirtschaftliche Stabilisierung Mazedoniens und der Region ist dies jedoch nicht ausreichend. Hierfür bedarf es eines umfassenden politischen und wirtschaftlichen Stabilisierungskonzeptes für Mazedonien wie auch einer langfristig angelegten politischen und wirtschaftlichen Gesamtstrategie für die Balkanstaaten und Südosteuropa. Diese muss nicht nur auf den bisherigen Aktivitäten des Stabilitätspaktes aufbauen, sondern das Erreichte absichern und fortführen. Die Bundesregierung hat bislang weder ein längerfristiges Stabilisierungskonzept für Mazedonien noch eine Gesamtstrategie für die Balkanstaaten und Südosteuropa vorgelegt. Ganz im Gegenteil: Sie fährt fort mit den Kürzungen der für die Stabilisierungs-, Aufbau- und Entwicklungsmaßnahmen in Südosteuropa bereitgestellten Finanzmittel.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. so schnell wie möglich ihre Vorstellungen für eine längerfristige Friedenssicherung, Demokratisierung und politische wie wirtschaftliche Stabilisierung Mazedoniens über den NATO-geführten Einsatz zum Einsammeln und Zerstören von Waffen hinaus vorzulegen und mit unseren Partnern in der EU und der NATO ein umfassendes Konzept zu entwickeln;
2. dieses Konzept einzubetten in eine ebenfalls schnellstens vorzulegende politische und wirtschaftliche Gesamtstrategie für die Stabilisierung, den Aufbau und die Entwicklung der Balkanstaaten und Südosteuropas;

3. die erheblichen Kürzungen der finanziellen Mittel für Stabilisierungs-, Aufbau- und Entwicklungsmaßnahmen in den Balkanstaaten und Südosteuropa zurückzunehmen und das notwendige Maß einer Mittelaufstockung zu prüfen;
4. bei der für September diesen Jahres vorgesehenen Geberkonferenz für Mazedonien ausreichende Mittel für die Stabilisierung und Entwicklung des Landes zuzusagen, dabei aber eine Konditionierung in der Form sicherzustellen, dass die Unterstützung Mazedoniens von einer Einhaltung des Rahmenabkommens von Ohrid und anderer für eine effiziente Mittelverwendung und nachhaltige Entwicklung notwendigen Bedingungen abhängig gemacht wird;
5. angesichts der Bedeutung der Zivilgesellschaften in Mazedonien und den anderen Staaten der Region für die dortige Friedenssicherung und Demokratisierung die Maßnahmen von Kirchen und politischen Stiftungen stärker als bisher zu unterstützen;
6. in enger Abstimmung mit unseren Partnern in der EU und der NATO sowie anderer beteiligter Staaten darauf hinzuwirken, dass ein neuerlicher Zufluss von Waffen nach Mazedonien sowie in die Region der Balkanstaaten so weit wie möglich verhindert wird.

Berlin, den 29. August 2001

Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333